A. Staatskanzlei
Konsulate in der Bundesrepublik Deutschland

Bek. d. StK v. 9. 10. 2009 — 203-11700-6-PT HH —

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufsständischen Vertretung der Portugiesischen Republik in Hamburg ernannten Herrn Dr. António José Alves de Carvalho am 28. 9. 2009 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.


Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Dr. Machado Vieira, am 16. 11. 2006 erteilte Exequatur ist erloschen.

— Nds. MBl. Nr. 42/2009 S. 904

C. Finanzministerium
Verwaltungsvorschriften zu Haushaltsystematik des Landes Niedersachsen (VV-HNds)

RdErl. d. MF v. 12. 10. 2009 — 11-04001/3 —

— VORIS 64100 —

— VORIS 64100 —

Die Anlage des Bezugsgebiets wird mit Wirkung vom 15. 10. 2009 wie folgt geändert:
In der Zuordnungsrichtlinie zum Gruppierungsplan (ZR-GPI) wird der Festtitel „441 02 „F“ Beihilfen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ gestrichen.

An die
Dienststellen der Landesverwaltung

— Nds. MBl. Nr. 42/2009 S. 904

H. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherenschutz und Landesentwicklung
Richtlinie zur Förderung der einzelbetrieblichen Beratung in Verbindung mit Managementsystemen sowie Energieberatung (EMS und E)


— VORIS 78070 —

Beszug: Erl. v. 15. 10. 2008 [Nds. MBl. S. 1104]
— VORIS 78070 —

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

1.1 Das Land Niedersachsen und die Freie Hansestadt Bremen gewähren nach Maßgabe dieser Richtlinie und der VV zu § 44 LHO Zuwendungen zur Förderung der Inanspruchnahme von Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Nutzung von einzelbetrieblichen Managementsystemen, die einen Beitrag leisten zur Verbesserung
— der Produkt- und Prozessqualität,
— der Rückverfolgbarkeit der Erzeugung.

— des Tierschutzes und der Tiergesundheit sowie
— von Umweltaспектen der gesamten Produktion,
— der Sicherheit am Arbeitsplatz und
— der effizienten Anwendung entsprechender neu eingeführter Rechtsnormen.

Die Förderung von Energieberatungen hat den Zweck, die Energieeffizienz auf den Betrieben zu verbessern.


sowie der Zahlstellenanweisung und der Besonderen Dienstveranweisung in der jeweils geltenden Fassung.

1.2 Mit der Förderung soll die Verbreiterung der Betriebsführung in der Landwirtschaft unterstützt werden, indem durch die einzelbetriebliche Beratung in Verbindung mit der Einführung einer systematischen Dokumentation und Auswertung eine kontinuierliche Optimierung aller Produktionsprozesse in landwirtschaftlichen Betrieben beschleunigt und erleichtert wird.


Die Anwendung von Managementsystemen nach Nummer 2.2.2 soll Landwirten und Landwirte darin unterstützen, Leistungen, die über die gute fachliche Praxis hinausgehen, zu dokumentieren und umzusetzen.

Mit der Möglichkeit der Förderung von Beratungsleistungen nach Nummer 2.3 zur Verbesserung der Energieeffizienz, einschließlich der Erzeugung und vorwiegend innerbetrieblichen Nutzung erneuerbarer Energien, soll ein Beitrag zur Erfüllung der nationalen Energieeinsparverpflichtungen erbracht werden.

1.3 Ein Anspruch auf Gewährung von Zuwendungen besteht nicht. Die Bewilligungserteilung entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
2. Gegenstand der Förderung

2.1 Förderfähig ist die Inanspruchnahme einzelbetrieblicher Beratungen zur Auswertung der Aufzeichnungen aus von den Ländern anerkannten oder gesetzlich geregelten Systemen nach Nummer 2.2.1 oder 2.2.2 sowie die Bearbeitung von Handlungsempfehlungen zur Beseitigung etwaiger Schwachstellen. Die Beratungsleistungen und Handlungsempfehlungen sind zu dokumenitieren.

Die Beratungsleistungen nach den Nummern 2.2.1, 2.2.2 und 2.3 sind von öffentlichen und privaten fach- und sachkundigen Stellen, die von den Ländern anzuerkennen sind, zu erbringen.

Beratungsbetreiber sind anzuerkennen, sofern sie die Kriterien nach der Anlage erfüllen.

Es ist sicherzustellen, dass durch das Anerkennungsverfahren ein offener Markt der Beratungsbetreiber gewährleistet ist sowie ein freier Zugang zu den Dienstleistungen besteht.

2.2 Anerkennungsfähige Systeme

Die Managementssysteme nach den Nummern 2.2.1 und 2.2.2 müssen entweder gesetzlich geregelt oder vom Land anerkannt sein. Die folgenden Anerkennungsvoraussetzungen müssen jeweils erfüllt sein:

2.2.1 Systeme zur Verbesserung der Gesamtleistung der Betriebe

- Aufbereitung und Auswertung der Ergebnisse der Dokumentation als Grundlage für eine betriebsbezogene Beratung.
- Berücksichtigung der sich aus den Gemeinschaftsvorschriften ergebenden Standards für die Sicherheit am Arbeitsplatz.

Die Systembetreiber müssen in der Lage sein, Schnittstellen zu bereitstehenden Umweltmanagement-, Qualitätsicherung- oder Qualitätsmanagementsystemen anzubieten.

2.2.2 Einzelbetriebliche Managementsysteme

- Einhaltung der Voraussetzungen nach Nummer 2.2.1.
- Berücksichtigung von Schnittstellen und Standardisierungen, die eine überbetriebliche Zusammenführung und Auswertung ermöglichen.
- Dokumentation, Eigen- und Fremdcontrole sowie Vergabe eines anerkannten Zertifikats.
- Für das jeweilige System anerkannte Zertifiziererinnen und Zertifizierer bzw. Umweltgutachter und Umweltgutachter,
- Energiebilanz auf Betriebsese Ebene.
- In der tierischen Produktion mindestens:
  - Führung von Bestandsregistern,
  - Dokumentation des Futtermittelzukaufs bzw. Führen von Mischerprotokollen bei Eigenmischung,
  - Dokumentation des Futtermittelbeisatzes,
  - Dokumentation der tierärztlichen Behandlungen,
  - Dokumentation der Einhaltung aller jeweils geltenden Bestimmungen zu Tierhaltung und Tier schutz,
- In der pflanzlichen Produktion mindestens:
  - Erstellung von Nährstoffbilanzen für N, P und K für Bewirtschaftungseinheiten und auf Betriebs ebene, der Qualitätssicherungseinheiten und auf Betriebs ebene
  - Erfassung bzw. Bewertung der Vielfalt der Fruchtfolgen,
  - Erstellung einer Humusebilanz oder Kohlenstoffanalyse für die Fruchtfolgen oder Bewirtschaftungseinheiten.
  - Erfassung der Artenvielfalt z. B. anhand von Leitarten auf bestimmten Flächen sowie von biodiversitätsrelevanten Landschaftselementen in Agrarkökosystemen.

Anerkannt werden können auch Systeme, die nur einzelne Bereiche des Betriebes (z. B. Schwerpunkt pflanzliche oder tierische Produktion) abdecken.

2.3 Einzelbetriebliche Beratungen nach Nummer 2.2.1. und zusätzlich Energieberatung

Die Beratungen müssen umfassen

- die Inanspruchnahme einzelbetrieblicher Beratungen nach Nummer 2.2.1. und
- zusätzlich Inanspruchnahme einer einzelbetrieblichen Energieberatung zur Verbesserung der Energiemixeffizienz, einschließlich der Erzeugung und vorwiegend innerbetrieblichen Nutzung erneuerbarer Energien. Die Energieberatung erstreckt sich auf
  - Analyse der Mengen und Kosten des Ist-Energieverbrauchs,
  - Bewertung des Ist-Zustandes, einschließlich wirtschaftlicher Bewertung, insbesondere Feststellung von Schwachstellen,
  - konkrete Handlungsempfehlungen mit Anleitungen zur Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz,
  - Vorschläge zur Erzeugung und vorwiegend innerbetrieblichen Nutzung erneuerbarer Energien einschließlich wirtschaftlicher Bewertung,
  - Dokumentation der Beratungsleistungen und Empfehlungen.
  - Hinweise auf Fördermöglichkeiten.

Eine Energieberatung nur im Wohndereich ist nicht för derfähig.

3. Zuwendungsempfänger

Landwirtschaftliche Unternehmen mit Standort in Niedersachsen/Bremen unbeseelter der gewählten Rechtsform.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Der teilnehmende Betrieb verpflichtet sich,
  - bei Inanspruchnahme der einzelbetrieblichen Beratung nach Nummer 2.2.1 oder 2.2.2 ein anerkanntes oder gesetzlich geregeltes System einzuführen und in jedem Fall, ggf. durch Anwendung mehrerer Systeme, die Erfassung des kompletten Betriebs zu gewährleisten,
  - seine betrieblichen Daten in anonymisierter Form für eine überbetriebliche Auswertung bereitzustellen.

4.2 Im Fall von Gortenbaubetrieben wird die Teilnahme am Betriebsvergleich des Zentrums für Betriebswirtschaft im Gartenbau e. V. empfohlen.

4.3 Im Fall der Nutzung eines Systems nach Nummer 2.2.2 muss der teilnehmende Betrieb spätestens im fünften Jahr der Förderung nachweisen, dass er das infrage kommende Zertifikat oder die infrage kommenden Zertifikate erworben hat.

7. Schlussbestimmungen

An die
Landwirtschaftskammer Niedersachsen
— Nds. MBl. Nr. 42/2009 S. 904

Anlage

Kriterien für die Anerkennung von Beratungsanbietern nach Nummer 2.1

1. Beratungsanbieter
Der Beratungsanbieter hat folgende organisatorische Voraussetzungen zu erfüllen:
- Technik, Logistik und Kapazitäten zur Durchführung einer der gesamten Betriebe umfassenden Beratung. Der Nachweis der erforderlichen Beratungskapazitäten ist auch durch Kooperationsverträge möglich.
- Mindestens zweijährige Ausübung der Beratungstätigkeit; es können Ausnahmen zugelassen werden, sofern das Beraterpersonal über eine ausreichende Qualifikation verfügt (siehe Nummer 2).
- Bel Antragstellung auf Anerkennung hat das Beratungsunternehmen im Antrag darzustellen, inwieweit die Anerkennungsvoraussetzungen erfüllt werden.

2. Beraterpersonal
Das zum Einsatz kommende Beraterpersonal muss eine ausreichende Qualifikation nachweisen können.

2.1 Die ausreichende Qualifikation der Beraterinnen und Berater ist anzunehmen, wenn
- Beraterinnen oder Berater einen einschlägigen Fachhochschulabschluss haben und mindestens zwei Jahre berufliche Erfahrung als Beraterin oder Berater landwirtschaftlicher Betriebe in den Bereichen Pflanzenproduktion und/oder Tierproduktion und/oder Betriebswirtschaft und/oder Energieberatung nachweisen.
- Beraterinnen oder Berater von der Kreislandwirtschaftsbehörde für Wiederantrag auf die Energieberatung zugelassen sind (gilt nur für die Energieberatung nach Nummer 2.3).
- Beraterinnen und Berater haben den Nachweis zu erbringen, dass sie an Fortbildungsveranstaltungen zu Inhalten der entsprechenden Beratungsleistungen (Cross Compliance, Sicherheit am Arbeitsplatz, Energieberatung) teilgenommen haben.
- Der GAK-Grundsatz „Förderung der einzelbetrieblichen Beratung in Verbindung mit Managementsystemen“, der Grundlage ist für die Förderung nach Nummer 2.2.1 dieser Richtlinie, geht von einer gesamtbetrieblichen Betriebsorganisation aus. Es sei sich bei den Beratungen zu den Cross Compliance Vorschriften allerdings insgesamt sehr spezielle Fragstellungen handelt, werden diese Beratungsleistungen in der Regel nur dann erbracht werden können, wenn der Beratungsanbieter über Spezialberaterinnen und Spezialberater verfügt.

verfügt, die in einem Beratersteam arbeiten. Nur dann kann die

gesamtvorbereitende Betrachtung erbracht werden. Wenn dies

nicht der Fall ist, muss durch Kooperationen mit anderen Be-

ratungsanbietern die gesamtvorbereitende Beratungskompe-

tenz nachgewiesen werden.

2.5 Die Anerkennung als Beraterin oder Berater ist zu versä-

gen oder zu widerrufen, wenn Tatsachen die Annahme recht-

fertigen, dass

— die Beraterin oder der Berater die notwendige fachliche

Qualifikation oder die erforderliche Unabhängigkeit nicht

besitzt,

— die Beraterin oder der Berater sich als nicht verlässlich er-

wiesen haben. Beraterinnen und Berater sind als nicht zu-

verlässig zu beurteilen, wenn sie durch ihr Verhalten mit

an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit den Tatbe-

stand des (versuchten) Subventionsbetruges gemäß § 264

des Strafgesetzbuchs begangen haben. Dazu gehört z. B.

das Abschneiden von eindeutig nicht Cross Compliance rele-

vanter Beratungsleistungen oder das Erstellen von Rech-

nungen über eine zweifelhaft erbrachte zusätzliche

Beratungsleistung, um die Förderungsvoraussetzungen zu

erlangen.

2.6 Durch andere Länder anerkannte Beraterinnen und Be-

rater können in Niedersachsen und Bremen Beratungen
durchführen, sofern sie die o. g. Kriterien erfüllen.

3. Für die Anerkennung bzw. Anerkennung zuständige Stelle

Zuständige Stelle für die Anerkennung bzw. Anerkennung

von Berateranbietern und Beraterpersonal ist die Landwirt-

schaftskammer Niedersachsen (Geschäftsstelle Förderung),

Johannisstraße 10, 30159 Hannover.

**K. Ministerium für Umwelt und Klimaschutz**

**UVP-Verfahren zum Bau

eines zweiten Kernkraftwerks am Standort Borssele**

**Bek. d. MU v. 19. 10. 2009 — 43-40515 —**

Mit E-Mail vom 15. 9. 2009 hat das Ministerium für Wohn-

nungswesen, Raumordnung und Umwelt der Niederlande

(VROM). Den Haag, die Durchführung eines UVP-Verfahrens

cum zum Bau eines zweiten Kernkraftwerks am Standort Borssele

dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktors-

icherheit bekanntgegeben und die Startnotiz für die Umwelt-

verträglichkeitsprüfung (UVP) in deutscher und englischer

Sprache sowie die vorläufige Bekenntnismachung (Preliminary

Memorandum) in englischer Sprache beigefügt.

Grundsätzlich die grenzüberschreitenden UVP sind die sog.

Energie-Konvention und die Richtlinie 95/53/EG des Rates

vom 27. Juni 1995 über die Umweltverträglichkeitsprüfung

bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten. Nach

dem deutschen Recht, das die internationalen Vorgaben umsetzt,

ist die zuständige Behörde in Deutschland bei einem ausländi-

schen UVP-Vorhaben diejenige Behörde, die für ein gleicherti-

ches Vorhaben auf der deutschen Seite der Grenze zuständig

wäre (§ 9 b UVPc). In Niedersachsen ist dies das MU.

Da im Fall eines schweren Unfalls in der geplanten Anlage

test auszuschließen ist, dass auch Niedersachsen betroffen

sein könnte, erfolgt eine Auslegung der seitens der niederlä-

ndischen Behörden übernatürlichen Unterlagen

— beim Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klima-

schutz, Archivstraße 5, 30109 Hannover, Raum 40 c,

— bei der Regierungsvertretung Braunschweig, Bohlweg 38,

38100 Braunschweig, Zimmer 105 (Tel. 0531 484-1002),

— bei der Regierungsvertretung Hannover, Arnswaldstraße 6,

30159 Hannover, Zimmer 23 (Tel. 0511 139-8602),

— bei der Regierungsvertretung Oldenburg, Theodor-Tantzen-

Platz 8, 26122 Oldenburg, Zimmer 250 (Tel. 0441 795-2352)

und

— bei der Regierungsvertretung Lüneburg. Auf der Hude 2,

23359 Lüneburg, Zimmer 3.122 (Tel. 04151 15-1312)

bis zum 12. 11. 2009 montags bis donnerstags von 9.00 bis

12.00 Uhr und von 14.00 bis 15.30 Uhr sowie freitags von

9.00 bis 12.00 Uhr.

Entgegen dem in der Startnotiz genannten Termin kann die

Öffentlichkeit in Deutschland bis zum 12. 11. 2009 Stellung-

nahmen zum Vorhaben an die in der Startnotiz genannten

Stellen abgeben.

— Nds. MfL. Nr. 42/2009 S. 907

**Landeswahlleiter**

**Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl

am 27. 9. 2009 in Niedersachsen**


— LWL 114/02/1.2.8 —**

Gesetz § 70 Abs. 1 Nr. 2 der Bundeswahlordnung i. d. F.

vom 19. 4. 2002 (BGBl. I S. 3176), zuletzt geändert durch Artikel 1

der Verordnung vom 3. 12. 2008 (BGBl. I S. 2378), gebe ich das

gesetzliche Ergebnis der Bundestagswahl am 27. 9. 2009

im Land Niedersachsen nachstehend bekannt.

**Erläuterungen:**

<table>
<thead>
<tr>
<th>SPD</th>
<th>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>CDU</td>
<td>Christlich Demokratische Union Deutschlands in Niedersachsen</td>
</tr>
<tr>
<td>FDP</td>
<td>Freie Demokratische Partei</td>
</tr>
<tr>
<td>GRÜNE</td>
<td>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</td>
</tr>
<tr>
<td>DIE LINKE</td>
<td>DIE LINKE, Niedersachsen</td>
</tr>
</tbody>
</table>

**NDP** | Nationaldemokratische Partei Deutschlands

**Die Tierschutzpartei** | MENSCH UND DIEU Tierschutz

**MLPD** | Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

**DVU** | DEUTSCHE VOLKSPARTei

**ÖDP** | Ökologisch Demokratische Partei

**Piraten** | Piratenpartei Deutschland

**RRP** | Revolutionspartei Deutschland

**Bußo** | Bürgerrechtswegbewegung Solidarität

**BPC** | Partei Bibelverbrecher Christen

**EB** | Einzelbewerber/Einzelbewerber